

Oliver Geden

Rechtsextreme Strategien und Argumentationsweisen

Ethnisierung des Sozialen

Im Zentrum der rechtsextremen Ideologie steht die Überhöhung des eigenen Volkes bzw. der eigenen Nation. Volk und Nation – ohnehin von Rechtsextremisten meist synonym verwendet – werden als homogene Einheiten verstanden, in denen keinerlei Interessengegensätze existieren sollten. In der Vorstellung von Rechtsextremisten gründet sich der Zusammenhalt des eigenen Volkes wahlweise auf eine gemeinsame biologische Herkunft (»Rasse«) oder auf eine von anderen Nationen klar abgrenzbare Lebensweise (»Kultur«). Die innere Differenzierung komplexer Gesellschaften, die Existenz vielfältiger Milieus und Lebenswelten blendet der Rechtsextremismus weitgehend aus. Wo er die auch zwischen verschiedenen Gruppen von »Einheimischen« bestehenden Interessensgegensätze nicht ignorieren kann, führt er sie zumeist auf das böswillige Wirken »volksfeindlicher« Mächte zurück, das darauf angelegt ist, den »einheitlichen Volkswillen« zu untergraben. In der idealen Volksgemeinschaft, so wie Rechtsextremisten sie sich vorstellen, existiert kein Gegensatz zwischen oben und unten. Bestimmend ist vielmehr die Differenz zwischen innen und außen, zwischen »uns« und »den Anderen«.

Diese Sichtweise spiegelt sich selbstverständlich auch in der Art und Weise wider, wie Rechtsextremisten politische und soziale Handlungszusammenhänge der Gegenwart interpretieren. Alle gesellschaftlichen Probleme sind demnach darauf zurückzuführen, dass die »Einheimischen« von den »Fremden« übervorteilt werden, unterstützt von den »volksfeindlich« agierenden Eliten in Politik, Medien und Wirtschaft. Arbeitslosigkeit, Gewalt an Schulen, Kriminalität, die Krise des Sozialstaats, jedes erdenkliche Problem wird den »Ausländern« angelastet. Das »eigene Volk« trifft selbstverständlich keinerlei Schuld. In dieser Logik sind selbst Umweltverschmutzung und Klimawandel auf den Zuzug von Migranten zurückzuführen. Da diese aus wärmeren Ländern ins wesentlich kältere Deutschland kämen, müssten sie stärker heizen und produzierten deshalb deutlich mehr Emissionen.

Wer als »Ausländer« zu gelten hat, hängt für Rechtsextremisten nicht von der Staatsangehörigkeit einer Person ab, sondern von ihrer ethnischen Herkunft. Wurde diese bis in die sechziger Jahre hinein vor allem auf biologische Merkmale zurückgeführt, stehen

seither – zumindest in öffentlichen Äußerungen – vermehrt »kulturalistische« Argumente im Vordergrund (vgl. Burgmer 1999). Die Abwertung der »Anderen« gründet sich nunmehr auf eine kulturelle Differenz, die jedoch als unveränderlich gilt. Die Lebensweise bzw. die Mentalität »der Ausländer« sei nun mal mit jener der Deutschen nicht zu vereinbaren. Integration sei selbst bei bestem Willen unmöglich, man solle sie »den Ausländern« realistischerweise auch gar nicht abverlangen, sondern sie besser gleich in ihre Heimatländer zurückschicken, da sie sich nur dort – in ihrer »angestammten Umgebung« – tatsächlich einpassen könnten. Das Handeln gesellschaftlicher Akteure wird in dieser Argumentation vollständig auf ihre ethnische Herkunft zurückgeführt. Andere Faktoren wie Milieuzugehörigkeit, Geschlecht, Bildungsniveau oder berufliche Position finden keinerlei Berücksichtigung.

Vor allem in ökonomischen und politischen Krisenphasen kann diese Argumentation bei breiten Bevölkerungsschichten auf fruchtbaren Boden fallen und sich als Alltagsrassismus manifestieren (vgl. Altvater, Stamer, Thomssen 2000; Groenemeyer, Mansel 2003). Voraussetzung dafür ist, dass »ethnische Herkunft« in der deutschen Gesellschaft ein weitverbreitetes Wahrnehmungskriterium darstellt. Kulturelle Differenz wird im Alltag häufig ganz automatisch, ja geradezu beiläufig mit Bedeutungen aufgeladen. In unserer Kultur neigt die überwiegende Mehrheit dazu, jede sichtbare Form der Abweichung von der »Normalität« (etwa eine nicht-weiße Hautfarbe) zumindest zu registrieren. Rechtsextremisten liefern für diese Differenzwahrnehmung eine rassistische Interpretationsfolie. Was als »kulturell Fremdes« erkannt werden kann, muss zum Wohle des eigenen Volkes bekämpft werden.

Kapitalismuskritik

Kapitalismuskritik hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Bestandteil rechtsextremer Agitation entwickelt. »Freie Kameradschaften« und NPD demonstrieren unter Losungen wie »Kapitalismus abschaffen « und »Freie Menschen statt freie Märkte«. Gerade linke Gegner des Rechtsextremismus lassen sich davon bisweilen verunsichern. Doch hinter solchen Parolen stecken altbekannte Denkmuster. Vor allem der Kapitalismus in Form der freien, unregulierten Marktwirtschaft wird von den Rechtsextremisten vehement abgelehnt. Er kollidiert grundsätzlich mit der Idee der »Volksgemeinschaft« – einer Gesellschaft, die sich in ein zentral gelenktes, uniformes und auf ein festgelegtes Ziel ausgerichtete Gebilde verwandelt hat. Jedes Glied dieser »organisch« aufgebauten

Gemeinschaftsmaschinerie hat seine – im Plan der rechtsextremen Sachwalter des angeblichen »Volkswillens« definierte – Aufgabe zu erfüllen. Für eigenständige unternehmerische Entscheidungen ist in diesem Entwurf nur wenig Platz. Die Haltung der Rechtsextremisten zu den verschiedenen Formen des Unternehmertums leitet sich deshalb davon ab, in welchem Maße sie nationalstaatlicher Kontrolle unterworfen werden können. Kleine und mittlere, lokal verankerte Firmen werden positiv betrachtet, international agierende Konzerne dagegen misstrauisch beäugt und als Einfallstor »fremder« Interessen verstanden. Die schärfste Ablehnung erfahren jedoch Vertreter der Finanz- und Geldwirtschaft, deren Agieren nicht an räumliche Begrenzungen gebunden ist und die deshalb nur schwer an die nationale Kandare zu nehmen sind. Der rechtsextreme Kapitalismusbegriff ist meist auf diese Erscheinungsformen verengt, weshalb zumeist nur vom »Finanzkapitalismus« die Rede ist. Dem »schaffenden«, lokal gebundenen und national loyalen Unternehmer stehen die »raffenden«, »wurzellosen«, vom »nomadischen Händlergeist« getriebenen Spekulanten und Bankiers gegenüber. Ihre Personifikation finden sie nicht zuletzt im antisemitischen Zerrbild des »Geldjuden«.

Die Globalisierung wird von Rechtsextremisten als Folge einer Verschwörung dieses »raffenden« Kapitals und der internationalen Konzerne verstanden, deren Ziel die völlige Entmachtung aller Nationalstaaten, die totale Einebnung aller kulturellen Unterschiede und die Errichtung einer kapitalistischen »Weltdiktatur« sei (vgl. Grumke, Klärner 2006, S. 133 ff.). Charakteristische Merkmale des globalisierten Kapitalismus – etwa der Abbau von Handels- und Mobilitätshemmnissen, die Zunahme der internationalen Verflechtung von Produktionsprozessen, kulturelle Angleichungsprozesse oder der Bedeutungszuwachs global agierender Fonds – werden in der Vorstellung der Rechtsextremisten zu Elementen der perfiden Welteroberungsstrategie einer kleinen Clique von Strippenziehern. Diese wird häufig – mehr oder weniger verklausuliert – als »jüdisch« oder von »Juden« gelenkt dargestellt. Als Gegenkonzept zu Kapitalismus und Globalisierung propagiert vor allem die NPD das Modell der »raumorientierten Volkswirtschaft«. Kennzeichnend für dieses Modell ist die Abkopplung Deutschlands vom größten Teil seiner Import- und Exportbeziehungen, der Ausstieg aus der EU und der WTO, die Verstaatlichung der Infrastruktur »von existentieller nationaler Bedeutung« und der Aufbau einer auf weitgehende Autarkie hin ausgerichteten Wirtschaft – alles zum Wohle der Handlungsfähigkeit des Nationalstaates und der Eliminierung »fremder« Einflüsse. Logischer Endpunkt dieses Konzepts ist eine weitgehend isolierte und verarmte, dafür allerdings vollständig durch die Führer der

»Volksgemeinschaft« zu kontrollierende Ökonomie (vgl. etwa NPD-Parteivorstand 2005, S. 16–27).

»Parteienschelte«

Wie eingangs beschrieben, gehen Rechtsextremisten von der Existenz eines einheitlichen Volkswillens aus. Interessengegensätze zwischen sozialen Gruppen betrachten sie als lediglich »künstlich konstruiert«, als geschicktes Ablenkungsmanöver, mit dem die »Politische Klasse« versuche, von den »wahren Problemen« abzulenken. Wenn eine Partei wie die NPD davon ausgeht, dass so etwas wie ein einheitlicher, wenn auch derzeit »unterdrückter« Volkswille tatsächlich existiert, so ist es nur folgerichtig, dass sie die pluralistische Demokratie gering schätzt. Worüber sollte man auch ernsthaft debattieren, wenn es nur einen richtigen Weg gibt? Die oft mühsame Konsenssuche mit anderen Parteien ist aus Sicht der NPD völlig überflüssig, sie versteht sich deshalb als Radikalopposition. Im Grunde genommen richtet sich diese Oppositionshaltung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Aus taktischen Gründen rücken rechtsextreme Parteien jedoch nicht permanent ihre ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie als solcher in den Vordergrund. Sie wissen, dass sie wesentlich mehr Wähler erreichen können, wenn sie lediglich eine »Deformation« der Demokratie beklagen, wenn sie behaupten, dass die »Politische Klasse« oder »die Bonzen« am Volk vorbei regierten, permanent in die eigene Tasche wirtschafteten und einen Ausverkauf der nationalen Interessen betrieben. Mit dieser Argumentationslinie lässt sich nicht nur an eine in der Bevölkerung weitverbreitete Parteienverdrossenheit anknüpfen. Sie ermöglicht es den Rechtsextremisten sogar, sich als besonders demokratisch darzustellen. Sie seien schließlich die einzige politische Kraft, die versuche, dem Willen der »schweigenden Mehrheit« Geltung zu verschaffen, die »Volkssouveränität« wieder herzustellen. Dieses Argumentationsschema, bei dem »das Volk« (oder »die kleinen Leute«) in einen fundamentalen Gegensatz zu den politischen Eliten (»die da oben«) gebracht wird, bezeichnet man als populistisch. Populismus ist keine Vorstufe des Extremismus, sondern häufig eine Begleiterscheinung. Eine Partei kann extremistisch ausgerichtet sein, aber zugleich populistisch agieren (vgl. Geden 2006, S. 17 ff.).

Ein populistischer Rechtsextremismus vertieft die schon im Verhältnis von »Einheimischen« und »Fremden« angelegte Entgegensetzung. Während die Wir-Gruppe durch »das Volk« und seine vermeintlich einzigen »authentischen« Vertreter gebildet wird, stehen auf der Seite »der Anderen« nicht nur »die Ausländer«, sondern auch die politischen und

kulturellen Eliten, die sich angeblich »gegen das Volk verschworen« haben. In dieser Weltsicht erscheint Migration als perfide Strategie der »Politischen Klasse«, die das Ziel einer Schwächung der einheimischen Bevölkerung verfolgt, um weiterhin ungestört »in die eigene Tasche wirtschaften zu können«. Rechtspopulisten präsentieren sich dementsprechend als selbstlose Aufdecker dieser »Verschwörung«. Diese Selbststilisierung ist jedoch nur dann glaubwürdig, wenn es ihnen gelingt, die etablierten Parteien und Medien zu harschen Ausgrenzungsreaktionen zu bewegen. Reagieren diese auf rassistische oder antisemitische Provokationen wie gewünscht mit moralischer Empörung, so können Rechtspopulisten dies ihren Sympathisanten gegenüber als Beleg dafür verwenden, dass über die »wahren Probleme« offensichtlich nicht gesprochen werden dürfe.

Kommunalpolitisches Engagement

Die kommunalpolitische Strategie der Rechtsextremisten bezieht sich auf zwei gleichermaßen bedeutende Teilfelder: den vorpolitischen Raum und den Raum der kommunalen Vertretungen.

Das derzeit wohl wichtigste Strategieelement im vorpolitischen Raum ist die Verankerung von lokal anerkannten Sympathieträgern. Rechtsextremisten, dabei insbesondere die NPD, setzen alles daran, in den Kommunen Funktionäre aufzubauen, die dem Bild des primitiven Neonazi-Schlägers nicht entsprechen und darum als Multiplikatoren und »menschliches Antlitz« der Szene fungieren können. Der umgängliche Fahrlehrer kommt dafür ebenso in Frage wie der seriöse Juwelier, der fleißige Handwerker oder die Gruppe kräftiger junger Männer, die bei Dorffesten den Maibaum aufstellt. Gezielte Beteiligungen an lokalen Bürgerinitiativen und Gemeinschaftsprojekten dienen der Verstärkung des Bildes von der »volksnahen nationalen Opposition«, die sich positiv von der »volksfernen« Welt der demokratischen Parteien abhebt (vgl. Staud 2005, S. 129 ff.). Persönlicher Respekt, Sympathie und Dankbarkeit sollen nicht nur die eigene Anhängerschaft verbreitern, sondern zugleich die Abwehrfront der Demokraten aufweichen und auch jene zur stillschweigenden Akzeptanz rechtsextremer Aktivitäten verleiten, die mit der dahinter stehenden Ideologie nichts oder nur wenig gemein haben. Das Ziel dieses Ansatzes ist erreicht, wenn rechtsextreme Akteure von einer Mehrzahl der Bürger als legitimer Teil des lokalen politischen Spektrums verstanden werden, wenn die NPD als »normale Partei« gilt und rechtsextreme Positionen ohne Verstellung geäußert werden können.

In den kommunalen Vertretungen pendeln die rechtsextremen Aktivitäten zwischen zwei Polen. Zum einen setzt man auf neutrale, sachpolitisch gehaltene oder inhaltlich im Grunde

breit konsensfähige Initiativen – etwa die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an kritischen Stellen oder Geldsammelaktionen für sozial Schwache. Damit sollen zum einen demokratische Mandatsträger verunsichert und die häufig bestehenden Absprachen der Abgeordneten demokratischer Parteien zur prinzipiellen Ablehnung rechtsextremer Anträge unterminiert werden. Zum anderen kann man sich als eine treu den »wahren Anliegen« der Bevölkerung verpflichtete Opposition präsentieren. Werden derartige Anträge nun von den übrigen Mandatsträgern abgelehnt, so hat man einmal mehr einen »Beweis« für die »Volksferne« der demokratischen Parteien, der sich propagandistisch verwerthen lässt. Erfahren solche Anträge dagegen über den Kreis der rechtsextremen Mandatsträger hinaus Zustimmung, so ist damit ein Erfolg im Kampf um die Akzeptanz als »normale« Partei errungen. Daneben kommt auch in kommunalen Vertretungen die bereits geschilderte Strategie der rechtspopulistischen Provokation zum Einsatz. Fordert man etwa die Umformung des Amtes des »Ausländerbeauftragten« in das eines »Beauftragten für Ausländerrückführung«, so kann man sich einerseits gegenüber ideologischen Sympathisanten als mutiger Gegner des »Zeitgeistes« profilieren. Andererseits darf man hoffen, dass sich die demokratischen Mandatsträger aus der Fassung bringen lassen, mit empörten Reaktionen mediale Aufmerksamkeit produzieren und damit dem Protestwähler exakt das liefern, was er sich von der Wahl der Rechtsextremisten versprochen hat.

2008

Literaturhinweise

Altvater, Peter / Stamer, Maren / Thomssen, Wilke: Alltägliche Fremdenfeindlichkeit. Interpretationen sozialer Deutungsmuster. Münster 2000.

Burgmer, Christoph (Hg.): Rassismus in der Diskussion. Berlin 1999.

Geden, Oliver: Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden 2006.

Groenemeyer, Axel / Mansel, Jürgen (Hg.): Die Ethnisierung von Alltagskonflikten. Opladen 2003.

Grumke, Thomas / Klärner, Andreas: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine Vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin 2006.

NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. Berlin 2005.

Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln 2005.